



Corona-Infos 28.10.2020

Neue Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie – faktischer Lockdown für den Einzelhandel

Viele Händler sind auf staatliche Hilfen angewiesen

Nach dem Corona-Gipfel der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten/Innen macht der Handelsverband Deutschland (HDE) deutlich, dass infolge der Beschlüsse zum Herunterfahren des öffentlichen Lebens viele Handelsunternehmen auf die zugesagte staatliche Hilfe angewiesen sind. **Positiv ist, dass in den Geschäften nun statt ursprünglich geplant einem Kunden pro 25 m², zumindest ein Kunde pro 10 m² Verkaufsfläche zugelassen wird.** Der faktische Lockdown gefährdet jedoch viele Einzelhändler in der Innenstadt.

„Die Politik hat zumindest den Vorschlag zur strengen Begrenzung der Kundenzahl noch einmal abgeschwächt. Das ist gut so und wird den Händlern helfen, längere Schlangen vor den Geschäften und in der Folge unnötige Ansteckungsrisiken zu vermeiden“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Offensichtlich konnte der Einzelhandel mit seinen über Monate hervorragend funktionierenden Hygienekonzepten auch die an der Beschlussfassung beteiligten Politiker überzeugen. „Einkaufen ist auch in der Pandemie sicher, der Einzelhandel ist kein Hotspot“, so Genth weiter.

Das weitgehende Herunterfahren des öffentlichen Lebens mit Schließungen in der Gastronomie und verschärften Kontaktbeschränkungen bringt allerdings auch die Handelsunternehmen in den Innenstädten in eine schwierige Lage und kommt einem faktischen Lockdown gleich. Zwar dürfen die Geschäfte geöffnet bleiben, aber es werden voraussichtlich nur wenige Kunden den Weg in die Stadtzentren finden. „Wenn die Geschäfte als einzige geöffnet sind, alle anderen Branchen rundherum schließen müssen und die Menschen zuhause bleiben, dann sind die Händler in einer sehr schwierigen Lage. Die Handelsunternehmen können nur bei entsprechenden Kundenfrequenzen wirtschaftlich arbeiten“, so Genth. Deshalb sei die Branche für die kommenden Wochen mehr denn je auf schnelle und unkomplizierte Hilfen für unverschuldet in Not geratene Geschäfte angewiesen. Genth: „Wir nehmen den Finanzminister beim Wort. Viele innerstädtische Händler sind auf schnelle Ausgleichszahlungen des Staates angewiesen. Eigene finanzielle Reserven sind insbesondere im Bekleidungshandel schon lange aufgebraucht.“